

INFORMATIONEN

24. SEP. 1979

Festschrift der Universität Berlin

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1979 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Mitte 1978 eingesetzte Belebung der Konjunktur in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Monaten verstärkt. Die Industrieproduktion lag im ersten Halbjahr 1979 um immerhin sechs Prozent über dem Vorjahresstand, eine für die siebziger Jahre hohe Zuwachsrate.

Charakteristisch für die Entwicklung in den letzten Monaten ist die Verschiebung zugunsten der Investitionen und zugunsten des Exports. Ging die Belebung 1978 aus von einer Verstärkung des privaten Verbrauchs und der öffentlichen Nachfrage, so hat sich inzwischen auch die private Investitionstätigkeit verstärkt. Allerdings kann von einem Investitionsboom nach dem Muster der sechziger Jahre keine Rede sein – vor allem die Erweiterungsinvestitionen fehlen weitgehend.

Zu einer tragenden Kraft wurden inzwischen auch die Auslandsaufträge, die bedeutend rascher expandieren als die inländische Nachfrage. Da sich die wirtschaftliche Lage in wichtigen Partnerländern aber sehr unsicher gestaltet und die in den letzten Monaten begonnene Krise in den USA den gesamten Welthandel in Mitleidenschaft ziehen wird, ist nicht damit zu rechnen, daß die Außenhandelsexpansion sich in der weiteren Zukunft im alten Tempo fortsetzen wird.

Bei insgesamt verstärkten und fast alle Bereiche der Wirtschaft erfassenden Belebungstendenzen deutet sich jedoch eine Verschiebung zuungunsten des privaten Verbrauchs an. Ein Beleg dafür ist der leichte Rückgang der Kapazitätsauslastung in den Konsumgüterindustrien – entgegen der allgemeinen Tendenz zur Verbesserung des Auslastungsgrads. Für das zweite Halbjahr 1979 ist eine deutliche Verlangsamung in der Entwicklung des Konsums zu erwarten, da die beschleunigte Preisentwicklung zu einer Abschöpfung realer Kaufkraft führt. Nur eine kräftige nachträgliche Aufbesserung der Löhne und Gehälter würde dies teilweise kompensieren.

Zudem ist die staatliche Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten immer stärker auf einen konjunkturpolitischen Bremskurs gegangen. Den Vorreiter macht die Bundesbank, die mit ihrer Zinspolitik dabei ist, die Konjunktur im Wohnungsbau abzuwürgen. Schon jetzt sind die Hypothekenzusagen der Kreditinstitute wieder rückläufig.

Aber auch die staatliche Haushaltspolitik schwenkt wieder um – wovon ebenfalls die schlechteren Wirtschaftslage in den USA und Bauwirtschaft besonders betroffen ist. Die Haushaltspolitik des Bundes für 1980 beinhaltet eine Stagnation der realen staatlichen Nachfrage, bei beschleunigter Inflation möglicherweise auch einen leichten Rückgang.

Vor allem die weiteren Perspektiven der Bauwirtschaft, eines bisher tragenden Bereichs der Konjunktur, sind also weniger günstig als bisher zu beurteilen. Auch in der Automobilindustrie ist erstmals seit fast fünf Jahren Branchenkonjunktur ein Knick sichtbar. Zwar ist das Niveau der Produktion dort gegenwärtig noch hoch, die Auftragseingänge aber sind seit mehreren Monaten rückläufig. Auch das bis jetzt noch sehr hohe Auftragspolster geht allmählich zurück.

Trotz der aktuell sehr günstigen Entwicklung, die sich sicher auch in den nächsten Monaten noch fortsetzen wird, werden die Perspektiven für 1980 an dieser Stelle weniger positiv beurteilt. Dies hat allerdings mit der Erhöhung der Rohölpreise durch die OPEC im Juli wenig zu tun. Die in diesem Zusammenhang veröffentlichten relativ pessimistischen Prognosen verwechseln Ursache und Wirkung. Denn tatsächlich reichen die Preiserhöhungen der OPEC gerade aus, um die seit 1974 erfolgte Aushöhlung der Erdölleinnahmen durch die Inflation in den kapitalistischen Industrieländern auszugleichen. Preiserhöhungen für Mineralölprodukte, die das Ausmaß der allgemeinen Geldentwertung übersteigen, können daher mit der Preispolitik der OPEC nicht begründet werden.

Es sind vielmehr vorwiegend „innere“ Faktoren, die die weiteren Konjunkturaussichten in der BRD verdüstern. Zwar hat sich die Kapazitätsauslastung seit dem Beginn der Belebung in der Bundesrepublik deutlich verbessert, sie liegt aber noch immer weit unter dem „Normalstand“. Trotzdem deutet sich schon jetzt wieder im Konsumgüterbereich eine Verlangsamung der Verbrauchskonjunktur an. Setzt sich diese Tendenz fort, bevor es zu einem Nachziehen der Erweiterungsinvestitionen kommt, dann besteht die Gefahr, daß auch die Investitionskonjunktur frühzeitig abbricht. Trotz der aktuell positiven Wirtschaftsdaten ist die Situation also immer noch labil.

Vor diesem Hintergrund unsicherer Erwartungen für die weitere Zukunft ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt besonders problematisch. Der leichte, durch die offiziellen Zahlen überzeichnete Rückgang der Arbeitslosigkeit hat den amtlichen Verharmlosungsstrategien neuen Auftrieb gegeben. Dabei wird verschwiegen, daß schon eine leichte Abschwächung der Konjunktur auch die offiziellen Ziffern erneut steigen lassen wird. Eine neue Krise, die schließlich schon für 1980 keineswegs ausgeschlossen werden kann, müßte die Arbeitslosigkeit rasch in Dimensionen treiben, die sicher nicht ohne politische Auswirkungen bleiben würden.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Ölpreise und Konjunktur
- 1.4 Staatshaushalt
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenhandel

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

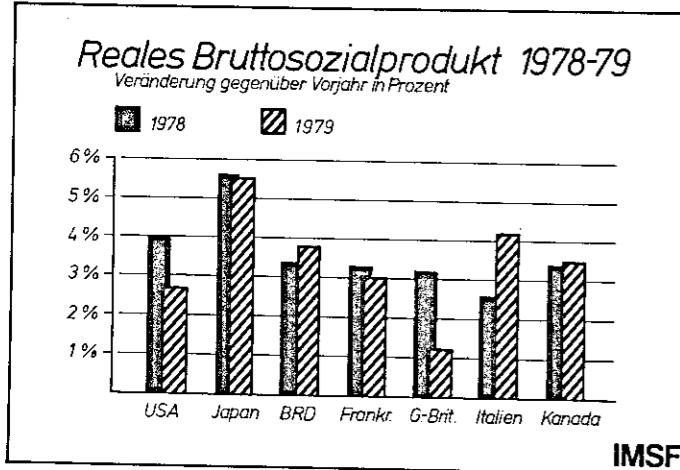
- 2.1 Unternehmertgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Tarifaktionen
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Im Sommer 1979 bahnt sich erneut eine Stagnation in der kapitalistischen Weltwirtschaft an: Nach jetzt von der OECD veröffentlichten Berechnungen soll sich das Expansionstempo des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen in der Gesamtheit der größten kapitalistischen Länder von 4 Prozent 1978 auf 3,5 Prozent 1979 und 2 bis 3 Prozent 1980 verlangsamen. Inzwischen sind die von der OECD geschätzten Wachstumsraten von zahlreichen Ländern noch nach unten revidiert worden, so daß für die Gesamtheit der kapitalistischen Hauptländer eine Zuwachsrate von weniger als zwei Prozent für die beiden Jahre 1979–1980 vorausgesagt wird.



Wie weit scheint die Zeit schon zurückzuliegen, als die OECD am Anfang des vorigen Jahrzehnts für die kapitalistische Weltwirtschaft rosige Perspektiven in den siebziger Jahren prognostizierte! In ihrer Schrift „La croissance de la production 1960–1980“ („Das Produktionswachstum 1960–1980“), die im Dezember 1970 veröffentlicht wurde, wagte die OECD für die sieben Länder eine Beschleunigung der Wachstumsraten von 4,7 Prozent jährlich zwischen 1960 und 1970 auf 5,4 Prozent in dem darauffolgenden Jahrzehnt vorauszusehen. In der Tat wird die jährliche Zuwachsrate des BSP zwischen 1970 und 1980 kaum drei Prozent erreichen, und diese relative Stagnationsdenn wird von einer starken Inflation und einer steigenden Zahl von Arbeitslosen begleitet: Im Gegensatz zu einer jährlichen Zunahme der Verbraucherpreise von 3,5 Prozent in den sechziger Jahren wird es in den Siebziger Jahren zu einer Verteuerung von über acht Prozent kommen; die Arbeitslosenquote, die 1970 3,5 Prozent betrug, wird 1980 auf 5,5 Prozent angestiegen sein, d. h. noch über dem Niveau von 5,3 Prozent liegen, das im Rezessionsjahr 1975 erreicht wurde, so daß für den gesamten OECD-Raum für 1980 mit einer Arbeitslosenzahl von 17 Millionen gerechnet werden muß, die die Zahl von 1975 noch um zwei Millionen übersteigen wird.

Den bürgerlichen Experten zufolge ist der neue Rückschlag 1979–1980 eine Konsequenz des „Ölschocks“: Die Heraufsetzung des Rohölpreises seitens der OPEC-Länder führt zu einer Depression der Nachfrage, die verhängnisvolle Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage der entwickelten kapitalistischen Länder haben werde. So sind also wieder „die Scheichs“ schuld an der enttäuschenden Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft: Dabei wird geflissentlich übersehen, daß die restriktive Geld- und Haushaltspolitik, die seit etwa einem Jahr in fast allen kapitalistischen Ländern betrieben wird, eine wesentliche Ursache für die Abkühlung der Wirtschaftstätigkeit ist. Wie aus der Tabelle hervorgeht, wurden die Diskontsätze der Zentralbanken im Verkehr mit Geschäftsbanken innerhalb eines Jahres fast in allen EG-Ländern, in den USA, Kanada und Japan – in einigen Ländern sogar drastisch – erhöht, auch in den Ländern wie BRD und Japan, wo angesichts der günstigen außenwirtschaftlichen Position eine expansive Wirtschaftspolitik durchaus zu vertreten wäre.

Diskontsätze der Zentralbanken in Prozent

	August 1979	August 1978
Belgien – Luxemburg	9,00	6,00
BRD	5,00	3,00
Dänemark	9,00	8,00
Frankreich	9,50	9,50
Großbritannien	14,00	10,00
Irland	13,70	9,60
Italien	10,50	10,50
Niederlande	8,00	4,50
Japan	5,25	3,50
Kanada	11,75	9,00
USA	10,50	7,25

(Quelle: Nationale Statistiken)

Das heißt aber nicht, daß die Erhöhung des Rohölpreises keine Auswirkungen auf den Wirtschaftstrend der kapitalistischen Weltwirtschaft hat. Heute müssen die entwickelten kapitalistischen Länder in der Tat mit veränderten Kräfteverhältnissen in der Welt rechnen: Mit den billigen Energiequellen, die wesentlich zu der relativ günstigen Entwicklung des Kapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren beigetragen haben, ist es aus. Den OPEC-Ländern gelingt es, ihre Austauschverhältnisse mit den entwickelten kapitalistischen Ländern langfristig zu stabilisieren, im Gegensatz zu der Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren, als sie eine kontinuierliche Verschlechterung ihrer terms of trade (Austauschverhältnisse) erleben mußten.

Die Angaben über die Industrieproduktion zeigen für die meisten Länder keinen eindeutigen Verlauf: eine eindeutig günstige Entwicklung ist in den letzten Monaten nur in der BRD und in Japan zu beobachten.

Die Zahl der Arbeitslosen, die 1978 eine sinkende Tendenz aufwies, hat sich im zweiten Vierteljahr 1979 nicht weiter vermindert. Die Arbeitslosenquote liegt heute in Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada weit höher als im Rezessionsjahr 1975; in den USA ist die Abnahme der Arbeitslosigkeit nach zweieinhalb Jahren zum Stillstand gekommen.

Veränderung der Industrieproduktion 1977 bis 1979 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1977	1978 ¹		1979 ¹		
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
USA	5,6	5,9	6,2	7,6	8,5
Japan	4,1	6,1	7,2	8,1	7,1
BRD	2,9	2,2	3,4	3,4	6,0
Frankreich	0,9	2,7	1,8	5,5	5,5
Großbritannien ³	3,9	3,7	3,7	3,7	3,9
Italien	–	2,0	1,3	9,1	6,7
Kanada	4,0	5,4	5,9	7,5	8,0

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

2 Vorläufige Zahlen

3 Neue Reihe

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Arbeitslosigkeit 1977–1979 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

1977	1978 ¹		1979 ¹		
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
USA	6856	6047	6027	5908	5878
Japan	2200	2500	2600	2500	2250
BRD	1030	993	992	963	936
Frankreich	1073	1167	1234	1224	1285
Großbritannien	1378	1376	1381	1340	1351
Italien	1545	1571	1576	1586	1684
Kanada	850	911	921	900	882
Zusammen	14932	14565	14731	14421	14266

1 Saisonbereinigte Angaben

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Die Inflation hat sich wieder beschleunigt: In einigen Ländern sind die Teuerungsraten bei den Lebenshaltungskosten wieder zweistellig geworden. Für den gesamten OECD-Raum sind die Verbraucherpreise im ersten Halbjahr 1979 um 11,8 Prozent gegenüber demselben Zeitraum 1978 gestiegen, im Vergleich zu einer jährlichen Zunahme von 7,9 Prozent im Vorjahr.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1977–1978 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

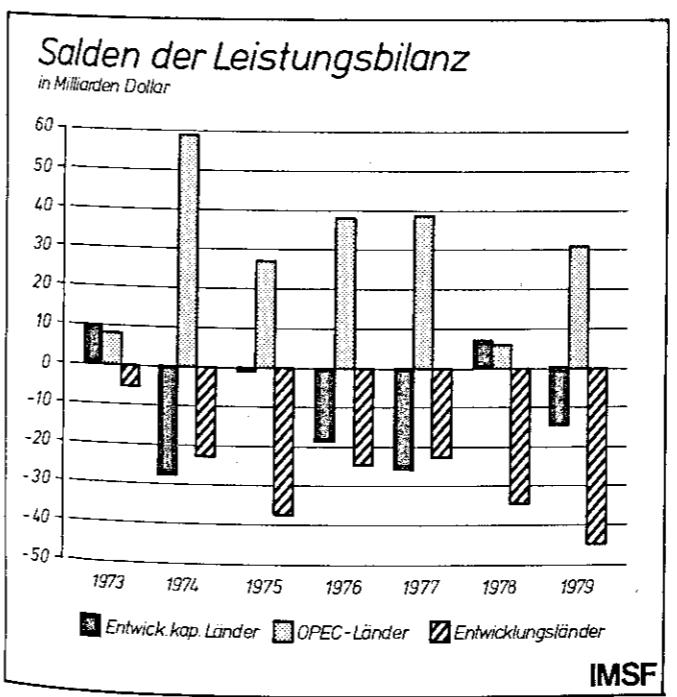
1977	1978		1979		
	Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ¹
USA	6,4	7,6	7,9	8,9	9,8
Japan	8,1	4,2	4,4	3,8	3,0
BRD	3,9	2,6	2,4	2,3	3,0
Frankreich	9,4	9,1	9,2	9,5	10,2
Großbritannien	16,0	9,0	8,3	8,3	10,5
Italien	19,3	12,4	12,1	12,0	13,4
Kanada	8,0	9,0	9,3	8,7	9,2

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Für die nächsten Monate sind die Perspektiven noch düsterer: Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Industrieholzstoffe sind in der ersten Jahreshälfte um zwölf Prozent gestiegen, wobei zu bemerken ist, daß die Industrieholzstoffe mit einer Teuerungsrate von 23 Prozent doppelt so schnell wie die Brenn- und Treibstoffe mit einer Rate von 10,5 Prozent angezogen haben. Allein im ersten Halbjahr sind die Weltmarktpreise so stark in die Höhe geschnellt, wie es im Frühling von der Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute für das gesamte Jahr prognostiziert wurde. Dieser Prozeß ist allerdings im Juli zum Stillstand gekommen.

Die neue Erhöhung der Rohölpreise dürfte wieder zu einer starken Verbesserung der Leistungsbilanz der OPEC-Länder führen: Laut OECD-Prognose soll der Aktivsaldo der OPEC-Länder von 6 Milliarden Dollar 1978 auf 31 Milliarden 1979 emporschneilen, dem Überschuß der entwickelten kapitalistischen Länder von 6,4 Milliarden soll ein Defizit von 15,5 Milliarden folgen, während der Passivsaldo der Entwicklungsländer sich von 35 auf 45 Milliarden Dollar vergrößern soll. Wie aus der Grafik hervorgeht, bleibt aber der OPEC-Überschuß weit hinter dem 1974 und auch 1976 erreichten Niveau zurück.

Innerhalb der größten kapitalistischen Länder dürfte es 1979 zu einer Verringerung der Ungleichgewichte kommen: Infolge der Entwicklung der Außenhandelsbilanz wird sich das Defizit der USA voraussichtlich



verringern und sich insbesondere die starke Überschüsseposition Japans und der BRD zurückbilden.

Auf dem Währungsmarkt hat es auch 1979 nicht an merkwürdigen Entwicklungen gefehlt. Das Pfund Sterling, jahrzehntelang Stieftisch der Währungsmärkte, war bis Ende Juli 1979 ein absoluter Renner: Gegenüber Ende 1978 zeigt sein Wechselkurs eine Aufwertung von 13 Prozent im Verhältnis zur DM und dem Schweizer Franken und sogar von 25 Prozent im Vergleich zum japanischen Yen. Die vielgepreisten Maßstäbe der bürgerlichen Experten zur Erklärung der Wechselkursbeziehungen erwiesen sich wieder einmal als unbrauchbar: In der Tat hat sich das Handelsbilanzdefizit Großbritanniens im ersten Halbjahr verdoppelt; das Preisgefälle zuungunsten Großbritanniens hat sich gegenüber der BRD, Japan und der Schweiz vergrößert und erreichte im Juni 1979 7,5 Prozentpunkte (wobei es sich besonders gegenüber Japan erweitert hat, dessen Währung dem Pfund gegenüber am stärksten gefallen ist); die Geldmenge hat in Großbritannien mit derselben Rate wie in der BRD und Japan und viel schneller als in der Schweiz zugenommen.

Noch einmal blieb den bürgerlichen Apologeten auf dem Währungsgebiet als Ausweg nur der übersinnliche Höhenflug, wie die Zeitungstitel am 19. 7. 1979 über die Goldpreisentwicklung eindrucksvoll belegen: „Goldpreis überspringt erstmals magische Schwelle von 300 Dollar“ (Die Welt), „Gold übersprang Traumlinie“ (Handelsblatt), „Goldpreis durchbricht 300-Dollar-Marke“ (Süddeutsche Zeitung).

1.2 Produktion

Die gegenwärtig recht günstige konjunkturelle Situation spiegelt sich in den Ziffern der Industrieproduktion („produzierendes Gewerbe“) deutlich wider. Der Rückschlag vom Jahresbeginn wurde in den letzten Monaten wieder aufgeholt. Allerdings ist beim Vorjahresvergleich zu berücksichtigen, daß im ersten Halbjahr 1978 eine ausgesprochene Schwächeperiode gewesen war, so daß die Zuwachsrate im ersten Halbjahr 1979 optisch besonders hoch ausfallen. Wenig verlässlich sind allerdings die jeweils aktuellen Zahlen (hier die vom Juni): Die nachträglichen Korrekturen sind oft beträchtlich. So wiesen z. B. die vorläufigen Mai-Ziffern einen Rückgang der Produktion im Verbrauchsgütergewerbe um 2,5 Prozent auf, nach den Korrekturen wurde ein Zuwachs um 4 Prozent ver

Im ersten Halbjahr 1979 lag die Produktion damit um knapp 6 Prozent über dem – allerdings relativ niedrigen – Vorjahresstand. Dies ist eine seit 1976 nicht mehr bekannte Wachstumsrate.

Die Aufwärtsentwicklung erstreckt sich inzwischen weitgehend auf alle wichtigen Branchen, auch die bisherigen Krisenbereiche können leichte Verbesserungen verzeichnen.

Besonders stark war der Zuwachs in den letzten Monaten im Baubereich, hier wirkten sich zusätzlich Nachholeffekte des vergangenen Winters aus.

Immer noch hohe Produktionszuwächse kann auch die Automobilindustrie verzeichnen. Hier zeichnen sich aber – erstmals wieder seit fast 5 Jahren – Abschwächungstendenzen ab. Die Auftragslage hat sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert, die Auftragsbestände gehen leicht zurück. Allerdings sind die Polster so hoch, daß die Verschlechterung der Auftragslage bis jetzt noch keine Auswirkungen auf die Produktion hat.

Etwas zögernder ist die Belebung in der Stahlindustrie. Trotz der teilweise recht hohen Produktionszuwächse wird befürchtet, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende, aus der spekulativen Aufstockung der Lager bei den Stahlverbrauchern gespeiste Verbesserung handelt. Günstig ist die Situation auch in der chemischen Industrie. Eindeutig verbessert zeigt sich die Lage des Maschinenbaus, wobei insbesondere Auslandsaufträge eine wichtige Rolle spielen.

In der Elektroindustrie profitiert vor allem der Investitionsgüterbereich einschließlich der EDV-Anlagen von der Aufwärtsentwicklung, während der Bereich der elektrotechnischen Verbrauchsgüter hinterherhinkt.

Leichte Verbesserungstendenzen zeigen sich auch im Textil-, Bekleidungs- und Lederbereich. Einschränkend ist jedoch anzumerken, daß in diesen Bereichen von einem sehr niedrigen, durch jahrelange Perioden des Rückgangs und der Stagnation geprägten Niveau ausgegangen wird. Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich derzeit die Investitionsgüterindustrien durchweg günstiger entwickeln als die Konsumgüterbereiche. Das hängt sowohl mit der wachsenden Rolle der Auslandsaufträge als auch mit der Abschwächung der Verbrauchernachfrage bei erhöhter Investitionstätigkeit zusammen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Jan.	Febr.	März	April	Mai ²	Juni ²
Produzierendes Gewerbe insges.	- 0,8	+3,6	+ 5,8	+ 6,9	+ 2,7	+11,5
Eisen- und Stahlindustrie	-10,4	+7,5	+10,8	+ 3,8	+ 8,7	
Chemische Industrie	+ 4,2	+5,8	+ 5,3	+10,2	+ 6,7	
Maschinenbau	- 5,7	+0,2	+ 6,7	+ 8,5	+ 2,2	+10,5
Straßenfahrzeugebau	+ 4,2	+5,8	+19,0	+21,4	+ 8,8	+10,8
Elektrotechnik	- 0,9	-1,6	- 1,8	+ 1,6	- 3,7	+ 5,0
EDV-Geräte	+ 2,0	-0,8	+ 1,0	+11,3	+ 7,1	
Textilgewerbe	- 1,9	-0,3	+ 0,7	- 1,8	+ 2,0	+11,2
Bekleidungsgewerbe	- 1,9	+1,8	- 0,1	- 1,9	+10,3	
Bauhauptgewerbe	-23,3	+2,6	+ 5,8	+ 5,1	+ 7,7	+16,2

1 In % gegenüber dem Vorjahr; 2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, Ifd.)

Diese Verschiebung zugunsten der Investitionsgüterbereiche bei insgesamt beschleunigter Expansion drückt sich auch in der Entwicklung der Auftragsziffern aus.

Die Verbesserung der Auftragslage erstreckte sich in den letzten Monaten verstärkt auf die ausländischen Bestellungen, die damit wieder eine wichtige Rolle bei der konjunkturellen Belebung übernommen haben. Im ersten Halbjahr 1979 lagen die Auslandsaufträge nominal um

durchschnittlich 16,5 Prozent über dem Vorjahresstand, die Inlandsaufträge dagegen nur um 9,1 Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)	Investitions-güter (1)	Verbrauchs-güter (1)
Jan.	+ 4,5	+ 2,1	+ 3,8	+ 1,6
Febr.	+13,2	+ 8,8	+ 9,1	+ 5,8
März	+13,1	+ 9,5	+19,1	+14,6
April	+10,8	+ 6,8	+11,9	+ 6,9
Mai ²	+20,3	+15,8	+21,3	+15,1
Juni ²	+ 7,6		+12,3	+ 5,2
				+ 6,2

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Da die wirtschaftliche Lage in den wichtigsten Abnehmerländern der Bundesrepublik aber teilweise sehr labil ist und die begonnene Krise in den USA auf längere Sicht auch Auswirkungen auf den gesamten Welthandel haben dürfte, kann nicht damit gerechnet werden, daß die ausländischen Bestellungen weiterhin im alten Tempo ansteigen.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeitendes Gewerbe insges.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions-güter	Verbrauchs-güter
Jan.	+ 2,6	+ 1,1	+ 5,4	- 1,8
Febr.	+11,0	+ 7,2	+15,5	+ 6,1
März	+13,5	+15,0	+13,4	+12,0
April	+ 5,6	+10,2	+ 4,4	+ 2,5
Mai	+17,4	+21,1	+15,0	+17,0
Juni ²	+ 4,8	+12,3	0,0	+ 5,8

Ausland	Verarbeitendes Gewerbe insges.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions-güter	Verbrauchs-güter
Jan.	+ 9,0	+10,0	+ 9,6	+ 2,2
Febr.	+17,4	+12,8	+21,7	+ 5,8
März	+11,0	+28,8	+ 1,7	+22,1
April	+21,6	+16,3	+27,2	+ 8,2
Mai	+27,2	+24,5	+29,9	+19,9
Juni ²	+13,0	+14,9	+12,7	+ 8,0

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht)

Die relative Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien und die Abschwächung des privaten Verbrauchs begründet die hier vertretene Auffassung, daß die konjunkturelle Situation trotz der gegenwärtig günstigen Zahlen immer noch sehr labil ist und die wirtschaftlichen Perspektiven daher auf etwas längere Sicht wenig optimistisch zu beurteilen sind. Die Belebung 1978 ging aus von der privaten Nachfrage und von öffentlichen Aufträgen im Baubereich. Zwar hat sie inzwischen auch auf die Investitionstätigkeit übergegriffen, ohne dort allerdings eine kräftige Expansion der Erweiterungsinvestitionen auslösen zu können. Nun schwächt sich die Entwicklung sowohl der privaten Nachfrage als auch der öffentlichen Aufträge wieder ab, bevor es zu einer gesamtwirtschaftlich auch nur „normalen“ Auslastung der Produktionskapazitäten gekommen ist.

Daher sind die ungünstigen Perspektiven in den bisher tragenden Bereichen auch für die Gesamtkonjunktur bedrohlich.

In der Bauwirtschaft wird schon für 1980 mit einer einschneidenden Verlangsamtung gerechnet. Denn die öffentlichen Sonderprogramme („Zukunftsinvestitionen“) laufen aus, ohne daß an eine Fortsetzung gedacht ist. Die Haushaltspläne für 1980 lassen vielmehr die Rückkehr zum „Rotstiftkurs“ von 1976/77 erwarten. Gleichzeitig verteuern die steigenden Hypothekenraten den Wohnungsbau. Infolgedessen geben zur Zeit die Hypothekenzusagen Monat für Monat zurück, ein untrügliches Zeichen für eine bevorstehende Abschwächung im Wohnungsbau.

Gleichzeitig zeigen sich erste Krisenzeichen in der Automobilindustrie, vor allem bei den inländischen Pkw-Bestellungen. Damit weist die

Konjunkturlage in mehreren Punkten Parallelen zur Situation des Jahres 1973, vor Ausbruch der letzten zyklischen Krise auf. Auch damals setzte die Rezession in Bauwirtschaft und in der Automobilindustrie ein, bei ansonsten noch guter Konjunktur. Auch damals verschärfte Bundesregierung und Bundesbank ihren Restriktionskurs und begünstigte damit die beginnende Krise. Obwohl dieser Vergleich nicht überstrapaziert werden darf – gegenwärtig entwickelt sich vor allem die Investitionstätigkeit günstiger als 1973 – ist die Gefahr einer wirtschaftspolitisch verschärften Rezession in der weiteren Zukunft nicht zu übersehen.

Länder liegen seit 1974 bis zu den jüngsten Maßnahmen im Rahmen der von den kapitalistischen Industriestaaten angeheizten Inflation, d. h. sie laufen dieser hinterher.

Laut einer der größten Monopolbanken der Welt hatten sich die Austauschverhältnisse der OPEC-Länder (berechnet als Verhältnis zwischen dem Exportpreis für Rohöl und den Importpreisen für Industriewaren) zwischen 1974 und 1978 um 19 Prozent zugunsten der OPEC verändert (vgl. „World Financial Markets“ der Morgan Guaranty Trust Company of New York, Dez. 1978).

Besondere Erhöhungen der inländischen Preise für Mineralölprodukte, die den Rahmen der allgemeinen Geldentwertung deutlich übersteigen, können daher nicht mit den Rohölpreisen der Exportländer begründet werden.

Wenn hier also von den inneren Auswirkungen der Ölpreiserhöhungen auf die Konjunktur gesprochen wird, so ist als Ursache in erster Linie die Preisstrategie der Ölkonzerne gemeint.

Drei Argumente stehen im Mittelpunkt, wenn die Konjunkturperspektiven als Folge der steigenden Mineralölpreise düsterer gezeichnet werden:

- Die steigenden Ölpreise schmälern die private Kaufkraft und drosseln damit die Verbrauchskonjunktur.
- Die steigenden Ölpreise zwingen die Wirtschaftspolitik auf Restriktionskurs, um den Spielraum für ein Nachholen der Löhne zu verringern.
- Die steigenden Ölpreise belasten die Zahlungsbilanzen der Importländer und verringern so deren Importmöglichkeiten für Industriewaren.

Das erste Argument hat insofern einen realen Kern, als z.B. in der Bundesrepublik allein infolge der Preiserhöhungen für Mineralölprodukte 1979 bei den Verbrauchern Kaufkraft in Höhe von etwa 15 Milliarden DM „abgeschöpft“ wird. Diese Kaufkraft fällt für die private Nachfrage aus, während die entsprechenden zusätzlichen Einnahmen der Erdölkonzern für den inländischen Wirtschaftskreislauf zunächst verloren gehen. Diesem Effekt kann allerdings durch entsprechende Lohnerhöhungen entgegengewirkt werden. Die Investitionstätigkeit dürfte dadurch kaum negativ berührt werden, da die aktuelle Gewinnstuation in den meisten Wirtschaftsbereichen außergewöhnlich gut ist.

Das zweite Argument ist daher wenig stichhaltig. Die staatliche Wirtschaftspolitik hat keineswegs die Aufgabe, notwendigen Verteilungskorrekturen im Interesse der Arbeiter und Angestellten entgegenzuwirken. Wenn dies trotzdem geschieht, dann wirken nicht die Ölpreise, sondern die arbeitnehmerfeindliche Politik von Bundesregierung und Bundesbank konjunkturgefährdend.

Das dritte Argument könnte mit dem Nachweis als entkräftet gelten, daß die realen Austauschverhältnisse zwischen OPEC- und Industrielandern sich seit 1974 insgesamt kaum verschoben haben, das Rohöl sich nicht stärker verteuert hat als die Industriewaren. Dies gilt allerdings nur global. Tatsächlich treffen die Rohölpreiserhöhungen der OPEC die kapitalistischen Länder durchaus unterschiedlich. Gerade die Importländer, die ohnehin negative Handelsbilanzen und schwache Währungen besitzen, werden durch die erhöhten Rohölkosten besonders stark getroffen, während die Länder mit positiven Handelsbilanzen und starken Währungen – wie die Bundesrepublik – ihre internationale Austauschposition über längere Zeiträume hinweg eher noch verbessern können. Die OPEC-Preiserhöhungen vergrößern also teilweise die existierenden Ungleichgewichte im Welthandel. Dies kann allerdings kaum den erdölexportierenden Ländern angelastet werden, sondern ist ein Ergebnis der kapitalistischen Organisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Nicht die OPEC, der kapitalistische Weltmarkt erzeugt diese Probleme.

Auf keinen Fall können die Ölpreiserhöhungen für sich genommen als Ursache einer konjunkturellen Verschlechterung betrachtet werden. Die Prognosen, die dies behaupten, verfolgen vielmehr eindeutige Zwecke. So formuliert das Ifo-Institut: „Nur wenn die Unternehmen die Ölverteuerung nicht zum Vorwand für überzogene Preiserhöhungen nehmen und die Gewerkschaften im wesentlichen darauf verzichten, in

den Tarifverhandlungen einen Ölzuschlag durchzusetzen, so daß die Notenbankpolitik 1980 nicht weiter restriktiv wirkt, kann eine Rezession vermieden werden.“

Die scheinbare Gleichgewichtigkeit der Ermahnungen an Unternehmer und Gewerkschaften darf dabei nicht verwirren: Werden doch Preise in der Regel als Ergebnisse des Marktes akzeptiert, während zusätzliche Lohnerhöhungen auf „maßlose“ Ansprüche von Gewerkschaften zurückgeführt werden. Ob die Ölpreiserhöhungen tatsächlich konjunktuell ungünstig wirken, das hängt zu wesentlichen Teilen von den wirtschaftspolitischen Reaktionen darauf ab. Ungünstige Auswirkungen sind allerdings dann zu befürchten, wenn die sich ohnehin abschwächende Nachfrage der privaten Haushalte durch erhöhte Heizöl- und Benzinkosten weiter ausgehöhlt wird, ohne daß durch nominale Einkommensverbesserungen gegengesteuert wird.

1.4 Staatshaushalt

Die staatliche Ausgabenpolitik wird 1980 wieder am Ziel der Haushaltssolidierung ausgerichtet sein, d.h., es wird versucht, die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zu den Steuereinnahmen zu bremsen. Infolgedessen werden von der staatlichen Finanzpolitik im kommenden Jahr wieder konjunkturbremende Wirkungen ausgehen.

Dies wurde besonders anlässlich der Vorlage des Bundeshaushaltspans für 1980 deutlich.

Berücksichtigt man, daß der Ausgabenanstieg zu einem großen Teil auf die Zinszahlungen für Kredite („Bundesschuld“) entfällt, so dürfte die reale Nachfrage des Bundes 1980 nicht mehr zunehmen.

Haushaltssentwurf 1980¹

	Mill. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Gesamtausgaben	215300	+ 5,1
darunter:		
Arbeit	48850	+ 5,1
Verkehr	26343	0,0
Verteidigung	37736	+ 4,4
Jugend, Familie, Gesundheit	18560	+ 1,9
Forschung, Technologie	6175	+11,2
Bildung, Wissenschaft	4223	+ 1,7
Bundesschuld	16185	+20,9

¹ Bundeshaushalt
(Quelle: Bundeskabinett, lt. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. 7. 79)

Der Rüstungshaushalt expandiert dabei etwa im Tempo des Gesamthaushalts. Allerdings sind die Angaben gerade in diesem Bereich stark anzuzweifeln. Nach vorläufigen Berechnungen des IMSF belaufen sich die Rüstungsausgaben im Jahre 1979 auf mehr als 48 Milliarden DM, während der Haushaltsplan in diesem Jahr nur 36,5 Milliarden DM aufweist. In diesen Berechnungen, die noch in diesem Jahr als Arbeitsmaterialien des IMSF erscheinen werden, sind weder die Ausgaben für Berlinhilfe noch die Ausgaben für Kriegsopfersversorgung einbezogen, es handelt sich also um tatsächliche Rüstungsausgaben.

Die Verlangsamung des Ausgabenzuwachses beim Bundeshaushalt gilt auch für die gesamten Staatsausgaben, wie sie in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechnet werden. Dabei sind nicht nur die Haushalte von Ländern und Gemeinden, sondern auch die der Sozialversicherung einbezogen.

Die Tabelle macht deutlich, welches Gewicht die staatlichen Ausgaben im weitesten Sinne für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Immerhin gingen 1978 etwa 46,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in irgendeiner Form durch die Hände staatlicher Institutionen.

In den letzten Jahren hat die öffentliche Verschuldung stark zugenommen, wenn auch keineswegs in bedrohlichem Ausmaß.

Die Politik der Haushaltssolidierung, die 1980 wieder in den Vordergrund der staatlichen Finanzpolitik rückt, versucht den Umfang der Nettokreditaufnahme einzuschränken. Für 1979 muß nochmals mit einem Anstieg auf 50 Mrd. DM gerechnet werden, 1980 aber wird ein kräftiger Rückgang angestrebt.

Staatshaushalt¹

	In Milliarden DM	1978	1979 ²	1980 ²	In % gegenüber dem Vorjahr	1978	1979	1980
Einnahmen	562	604	645	+ 6,5	+ 7,5	+ 7,0		
darunter:								
Steuern	331	356	381	+ 5,6	+ 7,5	+ 7,0		
Sozialbeiträge	199	214	230	+ 7,2	+ 8,0	+ 7,5		
Ausgaben	597	637	674	+ 6,8	+ 6,5	+ 6,0		
darunter:								
Zinsen	22	24	26	+ 5,7	+10,5	+ 8,5		
Übertragungen ³	252	266	279	+ 7,5	+ 5,5	+ 5,0		
Staatsverbrauch	256	273	293	+ 6,6	+ 6,5	+ 7,0		
Investitionen	38	43	46	+14,4	+12,5	+ 5,0		
Finanzierungssaldo	– 35	– 32	– 29					

¹ Einschließlich Sozialversicherungen

² Schätzung des Ifo-Instituts

³ Renten usw.

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/79, S. A11)

Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹

	Gesamtverschuldung	Nettokreditaufnahme
1950	20,6	–
1960	52,8	–
1970	125,9	–
1973	167,8	14,8
1974	192,4	24,6
1975	256,4	64,0
1976	296,7	40,3
1977	328,5	31,8
1978	371,6	43,1

¹ In Mrd. DM, Bund, Länder, Gemeinden und Sonderfonds, ohne Sozialversicherung
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/79, S. 21)

Dies ist deshalb bedenklich, weil das staatliche Defizit keineswegs nur vom geplanten Ausgabenverhalten der öffentlichen Haushalte abhängt. Der ruckartige Anstieg der öffentlichen Verschuldung hängt vielmehr mit der in den siebziger Jahren insgesamt verschlechterten wirtschaftlichen Situation zusammen. Unter Bedingungen, in denen die Dynamik des privatkapitalistischen Akkumulationsprozesses nachläßt, ist das Ergebnis auch eine wachsende Staatsverschuldung. Der Versuch, deren Umfang unter allen Umständen wieder zu verringern, birgt daher die Gefahr in sich, dadurch die ohnehin labile wirtschaftliche Entwicklung weiter zu gefährden. Das Ergebnis ist dann nicht nur eine verschlechterte Konjunkturlage und mehr Arbeitslose, sondern auch entgegen den eigentlichen Absichten – eine wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Situation erhöhte Staatsverschuldung. Ein Beispiel sind die Jahre 1976 und 1977. Zwar gelang es in diesen Jahren, die Kreditaufnahme einzuschränken, aber nur um den Preis einer Konjunkturverlangsamung. Die „Konsolidierungspolitik“ der öffentlichen Haushalte in diesen Jahren war ein wichtiger Grund für das frühzeitige Abbrechen der Belebung im Jahre 1976.

Heute besteht wieder die Gefahr, daß die öffentliche Finanzpolitik für 1980 absehbare Krisentendenzen verschärft und so letzten Endes auch das Ziel des Schuldenabbaus verletzt.

1.5 Investitionen

Ein wichtiges Merkmal der aktuellen konjunkturellen Situation ist die Belebung der Investitionstätigkeit. Insbesondere im industriellen Kernbereich der Gesamtwirtschaft war die Investitionstätigkeit bis ins Jahr 1978 hinein gedrückt.

Brutto-Anlageninvestitionen der verarbeitenden Industrie¹

	Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
1977	36,6	+ 6
1978	40,2	+10
1979 ²	44,6	+11

¹ In jeweiligen Preisen; ² Planungen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 16/79, S. 12)

Real lag der Zuwachs im ganzen Jahr 1978 bei 7 Prozent, für 1979 wird ein etwa gleich großer Zuwachs erwartet. Im Vergleich zur Investitionsentwicklung in vorangegangenen Belebungsphasen der Konjunktur ist diese Expansion allerdings nur schwach. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Investitionstätigkeit immer noch wesentlich vom Rationalisierungs- und Ersatzbedarf getragen ist, während Erweiterungsinvestitionen nur in wenigen Bereichen wie in der Automobilindustrie bestimend sind.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1976	1977	1978	1979
Kapazitätserweiterung	24	26	28	27
Rationalisierung	45	39	44	43
Ersatzbeschaffung	31	35	28	30

¹ Jeweils im März/April in einer Unternehmerbefragung genannte Hauptziele, Anteile in Prozent
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, ebd.)

Der Auslastungsgrad der industriellen Anlagen steigt zwar weiter an – er lag im April dieses Jahres bei 83,7 Prozent –, ist aber immer noch deutlich niedriger als „normal“. Dabei fällt auf, daß der Auslastungsgrad bei den Konsumgütern zwar immer noch höher ist als bei den Investitionsgütern, in den Konsumgüterbereichen aber in den letzten Monaten ein leichter Rückgang der Auslastung zu verzeichnen ist.

Das niedrige und in der letzten Zeit nur wenig vergrößerte Niveau der Erweiterungsinvestitionen widerlegt die z. B. von der Bundesbank geäußerte Ansicht, die aktuelle Konjunkturbelebung sei bereits als ein „sich selbst tragender Aufschwung“ zu bezeichnen. Diese Feststellung wäre erst dann berechtigt, wenn eine kräftige Expansion von Erweiterungsinvestitionen anzeigen, daß die Akkumulation von produktivem Kapital als Motor kapitalistischen Wachstums wieder zum bestimmenden Moment der Entwicklung geworden ist. Bundesbank und Bundesregierung neigen zu der Fehleinschätzung des Charakters des Aufschwungs, weil sie damit ihre restriktive, eher auf Konjunkturdämpfung gerichtete Wirtschaftspolitik begründen können.

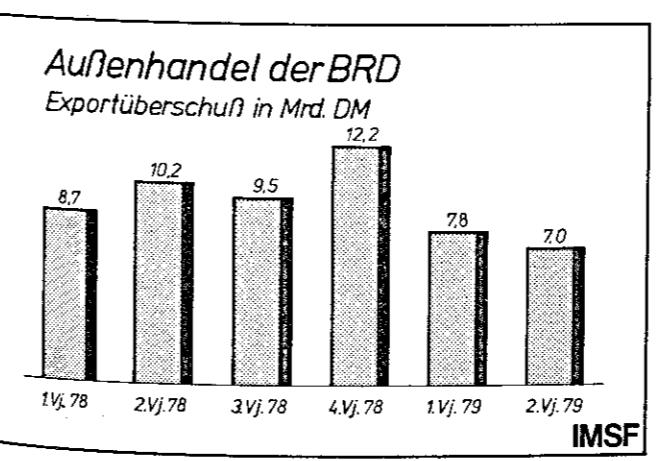
1.6 Außenhandel

Der Export ist im ersten Halbjahr 1979 wieder zu einer eindeutig konjunkturstabilisierenden Kraft geworden. Bei einer Zunahme um nominal 10 und real 7 Prozent hat der Auslandsabsatz erheblich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 78	67,3	+ 1,1	58,6	+ 1,5	+ 8,7	– 2,2
2. Vj. 78	72,0	+ 6,0	61,8	+ 5,6	+10,2	+ 8,5
3. Vj. 78	68,2	+ 4,4	58,6	+ 2,3	+ 9,5	+18,8
4. Vj. 78	77,1	+ 4,8	64,9	+ 5,5	+12,2	+ 0,8
1. Vj. 79	74,4	+10,5	66,5	+13,5	+ 7,8	–10,3
2. Vj. 79	78,6	+ 9,2	71,6	+15,8	+ 7,0	–31,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo.)



Trotzdem hat sich der hohe Überschuß im Warenhandel zurückgebildet. Denn im gleichen Zeitraum sind die Importe mit einer Steigerung von nominal 15 und real 9 Prozent deutlich rascher gestiegen. Dies ist teilweise eine Folge der in der BRD im internationalen Vergleich relativ günstigen Konjunkturlage. Allerdings dürfte sich auch die zusätzliche Einfuhr

Die hier aufgeführten zehn größten Konzerne der Bundesrepublik steigerten ihren ausgewiesenen Bruttogewinn 1978 – nimmt man den Sonderfall AEG davon aus – um insgesamt 10,3 Prozent auf über 12,7 Milliarden DM. Diese Summe entspricht – bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen je abhängig Beschäftigten in Höhe von etwa 27 000 DM 1978 – dem Einkommen von fast einer halben Million Arbeiter und Angestellten. Die neun Konzerne, die – ohne AEG – nahezu 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigten, hätten aus ihren ausgewiesenen Erträgen ohne weiteres eine halbe Million zusätzlicher Arbeitskräfte bezahlen können.

Oder anders berechnet: Pro Belegschaftsmitglied konnte im Durchschnitt dieser neun Konzerne ein Jahresüberschuß von 8774,- DM ausgewiesen werden. Daraus hätte für die Belegschaftsmitglieder eine Lohnherhöhung von 30 Prozent finanziert werden können, ohne daß Verluste hätten ausgewiesen werden müssen. Dabei ist davon auszugehen, daß die ausgewiesenen Erträge zum größten Teil zur Ausschüttung bestimmt sind, also die Konzerne selbst ohnehin verlassen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Gewinne sowohl gesamtwirtschaftlich als auch die der großen Konzerne 1979 weiter rasch ansteigen. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung legt dabei für die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ eine eher untertriebene Schätzung vor.

Nettoeinkommen¹

	1. Hj. 1978	2. Hj. 1978	1. Hj. 1979 ²
Nettoeinkommen der Unternehmer	+ 8,3	+ 16,9	+ 11
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 6,4	+ 7,1	+ 7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts
 (Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/79, S. A16)

Für die Schätzung der Gewinnentwicklung großer Konzerne werden in gewissen Abständen Kennziffern ermittelt, die für die Börse bestimmt sind. Die Schätzung der Bank Delbrück & Co legt u. a. die Kennziffer „Gewinn je Aktie“ (gemeint ist die 50-DM-Aktie) für 1979 vor, aus der immerhin Rückschlüsse auf die Tendenz der Gewinnentwicklung gezogen werden können. Absolut ist die Zahl allerdings weniger aussagekräftig, da sie von solchen Faktoren wie der Höhe des Aktienkapitals und der Ausschüttungspraxis der einzelnen Konzerne abhängt.

Gewinn je Aktie¹

	1977	1978	1979
Veba	5,70	14,40	23,50
Siemens	34,90	38,90	40,50
VW	60,00	65,30	66,10
Daimler	47,30	49,10	55,30
Hoechst	13,90	17,90	20,90
BASF	15,40	15,90	19,40
Bayer	14,90	16,40	18,90
Thyssen	9,10	0,00	4,80
AEG	4,00	V ²	V
RWE	19,60	20,70	21,50

¹ In DM je 50-DM-Aktie, einschließlich geschätzter Steuergutschrift
² Verlust
 (Quelle: Delbrück & Co, It. Handelsblatt v. 30. 7. 79)

Nach dieser Schätzung dürften die Gewinne 1979 eher noch etwas stärker ansteigen als 1978, wobei selbst die Stahlindustrie, die im Vorjahr etwas schlechter abschnitt, wieder eine günstige Ertragslage verzeichnen kann. Lediglich AEG-Telefunken bleibt in der Verlustzone.

An der Spitze stehen die Ölkonzerne, wobei hier die Ertragsrechnung durch Gewinnverschiebungen zwischen den einzelnen „nationalen“ Töchtern der multinationalen Konzerne zusätzlich manipuliert wird. Das American Petroleum Institute (API) gab bekannt, daß sich die Gewinne der 23 US-Ölgesellschaften allein im zweiten Vierteljahr 1979

auf 5,5 Milliarden Dollar beliefen, 66 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

Gewinne der US-Ölkonzerne¹

	1. Vj. 1979	2. Vj. 1979
Exxon	+ 37	+ 20
Mobil	+ 81	+ 38
Texaco	+ 81	+ 132
Standard Oil of California	+ 43	+ 61
Gulf	+ 61	+ 65
Shell	+ 16	+ 55

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
 (Quelle: API It. Neue Zürcher Zeitung v. 7. 8. 79)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die erheblichen Zusatzgewinne infolge der Aufwertung der Vorräte darin noch nicht enthalten sind. Bei der Texaco z. B. beträgt dieser außergewöhnliche Zusatzgewinn 230 Millionen Dollar. Er entsteht, weil die zu niedrigeren Preisen gekauften Ölrroräte nun zu den neuen Preisen kalkuliert und verkauft werden. Zu diesem Zweck haben die meisten Konzerne ihre Verrechnungsmeethode geändert, d. h., die Vorräte werden in der Bilanz zu den niedrigen Anschaffungspreisen bewertet, bei der Preiskalkulation aber zu den höheren Tagespreisen.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft der Bundesrepublik hat sich 1978 weiter fortgesetzt, die Zahl der meldepflichtigen Fusionen ist erneut etwas größer gewesen als im Vorjahr. Dagegen nahm die Zahl der Insolvenzen, d. h. der Pleite, 1978 erstmals seit 1969 wieder etwas ab. Dies hat sich 1979 fortgesetzt, in den ersten sechs Monaten wurden 4184 Insolvenzen registriert, 8,7 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sich um eine konjunkturelle Aufschwungsperiode handelt. Im Vergleich zum Beginn der siebziger Jahre liegen die Zahlen immer noch etwa doppelt so hoch.

Insolvenzen und Fusionen

	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Insolvenzen	3250	3100	2958	2823	2786	3132	3281	3157	3615
Fusionen	15	15	22	26	38	29	36	50	43
	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Insolvenzen	4337	3827	3809	4201	4437	4575	5515	7722	9195
Fusionen	65	65	168	305	220	269	242	318	448
	1976	1977	1978	1979					
Insolvenzen	9361	9562	8722	4184					
Fusionen	453	554	558						

1. Halbjahr 1979

(Quelle: Statistisches Bundesamt; Jahresberichte des Bundeskartellamts, Ifd.; Presseberichte)

Offensichtlich haben sich in den letzten Jahren strukturelle Verschiebungen vollzogen, die das Übergewicht der großen Unternehmen in der Gesamtwirtschaft weiter verstärkt haben. Infolgedessen wirken sich die konjunkturellen Belebungstendenzen und die Verbesserung der Ertragslage nur sehr ungleichmäßig aus.

Die letzten Berichte des Bundeskartellamtes bezeichnen insbesondere das Eindringen großer Konzerne in mittelständisch organisierte Bereiche als Problem, das mit dem bisherigen Instrumentarium des Kartellamts kaum erfaßt werden kann. Die Diskussion um eine erneute Novellierung des Kartellgesetzes bezieht sich denn auch vor allem auf diesen Bereich. Dabei sollen die Zusammenschlüsse und Kooperationen kleiner und mittlerer Betriebe gefördert werden, um es ihnen zu ermöglichen, ein Gegengewicht gegen die großen Konzerne zu bilden. Allerdings wird im letzten Kartellbericht darauf verwiesen, daß solche

Kooperationen die Tendenz beinhalten, die Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder einzuschränken. Damit wird indirekt bestätigt, daß die Kontrolle des Konzentrationsprozesses mit „marktkonformen“ Mitteln keineswegs dazu beiträgt, den freien Wettbewerb zu verteidigen. Die Tendenz zur Konzentration ist objektiver Natur, ist ein Ergebnis eben der Marktgesetze, die das Kartellamt zu verteidigen sucht. Das Amt versucht also die „Quadratur des Kreises“: Indem sie die Konkurrenz erhalten will, schützt sie eben den Mechanismus, der das Monopol gesetzmäßig hervorbringt.

Es muß daher dort versagen, wo die „Marktgesetze“ selbst durch den Konzentrationsprozeß so deformiert sind, daß eine Kontrolle nur noch durch politisch-demokratische Eingriffe erfolgreich sein kann. Die Hilflosigkeit z. B. gegenüber der Preisgestaltung der Ölkonzerne belegt diesen Zusammenhang in bedrückender Weise.

Löhne und Gehälter im 1. Vierteljahr 1979

	DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Summe (Mill. DM)	139 711	+ 6,9
Monatseinkommen je Beschäftigten	2 161	+ 5,6
(Quelle: DIW-Wochenbericht 30/79, S. 323)		

Trotzdem wird auch die Summe der Löhne und Gehälter im zweiten Halbjahr real nur noch wenig ansteigen, da die Einkommen aus Arbeitslosenunterstützung und Kurzarbeitergeld entsprechend zurückgehen.

Erste Auswirkungen der verlangsamten Realeinkommensentwicklung auf den privaten Verbrauch scheinen schon im Juni sichtbar geworden zu sein: Der Umsatz des Einzelhandels nahm real nur noch um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.

3.2 Steuern

Der Entlastungseffekt aus den steuerlichen Maßnahmen des Vorjahres ist im laufenden Jahr geringer als ursprünglich erwartet. Die Lohnsteuereinnahmen expandieren wieder beschleunigt, kaum noch langsamer als die Bruttoeinkommen.

Steuereinnahmen Januar–Mai 1979

	Mill. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
Insgesamt ¹	111 208	+ 5,6
Lohnsteuern	34 090	+ 5,5

¹ Bund und Länder
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Ein sprunghafter Belastungsanstieg durch die Lohnsteuer wird wieder für 1980 erwartet. Das Bundesfinanzministerium rechnet mit einer „Elastizität“ der Lohnsteuer von 1,8, d. h., die Steuerabzüge werden nahezu doppelt so rasch ansteigen wie die Bruttolöhne.

Vor diesem Hintergrund hat – im Vorfeld des Wahlkampfes 1980 – eine erneute Steuerdiskussion begonnen. Vor allem von CDU/CSU wird das Thema „Lohnsteuer“ benutzt, um die Bundesregierung auf sozialpolitischem Gebiet „von links“ anzugreifen. Die Brisanz dieses Themas im Jahre 1980 darf nicht unterschätzt werden, da die direkten Steuern, anders als z. B. die Mehrwertsteuer, unmittelbar als Belastung spürbar und nachweisbar ist. Die Tendenz der Steuerreformen geht deshalb auch dahin, die direkten, sichtbaren Steuern auf Löhne und Gehälter zugunsten der indirekten Verbrauchsteuern umzuschichten. Gleichzeitig erhoffen sich die Unternehmer von solchen Veränderungen niedrigere Tarifabschlüsse. Der soziale Inhalt von „Reformen“ dieses Charakters ist mehr als fragwürdig: Während die Erhöhung der Verbrauchsteuern auch die untersten Einkommensschichten trifft, sollen niedrigere Lohnsteuern durch niedrigere Tarifabschlüsse honoriert werden. Die Masse der Arbeitnehmer steht sich im Ergebnis eher noch schlechter.

3.3 Preise

Die Preisentwicklung steht gegenwärtig im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen über die wirtschaftliche Entwicklung.

Von Monat zu Monat erhöht sich die „Inflationsrate“ in großen Schritten.

Lebenshaltungsindex 1979¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Januar	+ 1,1	+ 2,9
Februar	+ 0,6	+ 2,9
März	+ 0,7	+ 3,3
April	+ 0,5	+ 3,5
Mai	+ 0,4	+ 3,7
Juni	+ 0,4	+ 3,9
Juli	+ 0,6	+ 4,6

¹ Alle Haushalte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Dies wird sich in den nächsten Monaten fortsetzen, wobei auch eine „Sechs vor dem Komma“ erreicht werden kann.

Darin spiegelt sich in erster Linie die Erhöhung der Preise für Mineralölprodukte, die Mehrwertsteuererhöhung vom Juli 1979 und die Erhöhung administrierter Preise wider. Stabilisierend wirken noch immer die Nahrungsmittelpreise, deren Index im Juni nur 0,7 Prozent über dem Vorjahresstand lag.

Das besonders rasche Tempo der Preiserhöhungen im zweiten Halbjahr 1979 hängt zu einem gewissen Teil auch mit dem rein statistischen „Basiseffekt“ zusammen: Im zweiten Halbjahr 1978 waren die Preise infolge von Sonderfaktoren relativ stabil, so daß die Steigerungsraten im Jahresvergleich nun besonders hoch ausfallen.

Trotzdem müssen die von Unternehmer- und Regierungsseite gestarteten Versuche, alle möglichen Faktoren aus dem Indexanstieg herauszurechnen, zurückgewiesen werden. So forderte die Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens die statistischen Ämter auf, einen Preisindex unter Ausklammerung der Mineralölprodukte zu berechnen, mit dem Ziel, diesen „bereinigten“ Index dann zur Grundlage von Lohnverhandlungen zu machen.

Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter und Angestellten auch die erhöhten Preise für Benzin und Heizöl aus ihren laufenden Einkommen bezahlen müssen, darf nicht übersehen werden, daß in anderen Situationen eine solche Umrechnung auch zu anderen Ergebnissen führen würde. Bezeichnend ist, daß die besonders niedrigen Preissteigerungsraten vom zweiten Halbjahr 1978, in denen sich der Preisrückgang für importierte Rohstoffe niederschlug, voll in den Tarifverhandlungen geltend gemacht wurden.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß der Lebenshaltungsindex in seiner jetzigen Form die Auswirkungen der Preiserhöhungen für Mineralölprodukte auf die Kosten der Lebenshaltung ohnehin unterstreicht: Der Anteil des Einkommens, der durchschnittlich für Mineralölprodukte aufgewendet werden muß, ist tatsächlich viel größer als im Index berücksichtigt.

Eine andere Strategie zur Verharmlosung besteht darin, die jetzigen Preiserhöhungen als „vorübergehend“ darzustellen. Eine Meldung des „Handelsblatts“ vom 2. August 1979 behauptet: „Bonn: Wir sind über den Preisberg“. Auch die Deutsche Bundesbank behauptet, schon 1980 würde es wieder zu einer Beruhigung der Inflation kommen.

Nun ist es heute kaum möglich, die Preiserhöhungen des nächsten Jahres vorherzusagen. Das hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, wobei auch die Konjunkturdevelopment eine Rolle spielt. Für die absehbare Zukunft deuten jedoch alle Anzeichen auf eine weitere Beschleunigung der Inflation hin.

Die Auswirkungen z. B. der steigenden Mieten und der erhöhten Mehrwertsteuer werden erst im Laufe des Jahres im Preisindex voll sichtbar. Die Nahrungsmittelpreise verlieren allmählich ihre stabilisierende Wirkung, und die Erhöhung der Preise für Mineralölprodukte wird – mit einiger Zeitverzögerung – in praktisch allen Bereichen zu zu-

sätzlichen Preisheraufsetzungen führen. Vor allem die „Anpassung“ aller Energiepreise – Strom, Gas, Kohle – an die Mineralölpreise steht noch bevor.

Diese Feststellung wird durch einen Blick auf andere Preisindizes erhärtet, die in der Regel dem Lebenshaltungsindex vorausseilen. Sowohl die industriellen Erzeugerpreise als auch die Großhandelsverkaufspreise und die Importpreise erhöhen sich weit stärker als die Lebenshaltungskosten. Und selbst die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die noch im ersten Vierteljahr 1979 unter dem Vorjahresstand lagen, steigen kräftig an.

Ausgewählte Preisindizes 1979

	Industrie- preise		Landwirtschafts- preise		Import- preise		Großhandels- preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,3	- 3,4	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,6
Februar	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,7	- 2,3	+ 3,4	+ 4,4	+ 1,3	+ 2,9
März	+ 0,9	+ 3,7	+ 0,7	- 0,6	+ 1,3	+ 6,1	+ 1,9	+ 4,7
April	+ 0,6	+ 4,1	- 0,2	+ 1,9	+ 2,6	+ 8,9	+ 0,9	+ 5,6
Mai	+ 0,5	+ 4,2	- 1,2	+ 1,1	+ 1,8	+ 10,2	+ 0,5	+ 6,0
Juni	+ 0,5	+ 4,7	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,5	+ 13,1	+ 1,2	+ 7,0
Juli	+ 0,7	+ 5,4			+ 2,1	+ 16,3	+ 0,7	+ 7,8

(1) In Prozent gegenüber dem Vormonat

(2) In Prozent gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Zinssteigerungspolitik der Bundesbank sich ebenfalls zunächst preistreibend auswirkt. Denn für die private Wirtschaft stellen höhere Kreditzinsen Kosten dar, die sie nach Möglichkeit auf die Preise zu überwälzen suchen. Vor allem die Mieten sind in hohem Maße zinsempfindlich. Nach Angaben des Vorsitzenden der „Neuen Heimat“, Albert Vietor, verteilt die Heraufsetzung der Hypothekenzinsen um ein Prozent die monatliche Quadratmetermiete um nahezu eine Mark.

Zur Zeit gibt es also keinerlei Anzeichen, daß es in absehbarer Zeit wieder zu einer Verlangsamung der Inflation kommen könnte. Entsprechende Äußerungen von offizieller Seite müssen unter rein lohnpolitischen Gesichtspunkten als Versuch gesehen werden, Bestrebungen nach einem Lohnausgleich entgegenzuwirken.

3.4 Tarifaktionen

Charakteristisch für das zweite Vierteljahr 1979 war die Zuspitzung der Tarifauseinandersetzungen in der Bekleidungsindustrie und im Einzelhandel und der dabei erreichte hohe gewerkschaftliche Mobilisierungsgrad. In beiden Bereichen wurden die Beschäftigten das erste Mal in einem solchen Umfang in Tarifaktionen einbezogen. Besondere Widerstand leisteten die Unternehmer in der **Bekleidungsindustrie** gegenüber den Urlaubsforderungen (stufenweise Einführung des Sechs-Wochen-Urlaubs), die zuvor in der Textilindustrie – allerdings auch erst nach Warnstreiks – durchgesetzt werden konnten, und gegenüber Manteltarifforderungen nach Einführung bezahlter Kurzpausen und Akkordbestimmungen, die schon seit 19 Jahren umstritten waren. Die letzte Phase der Tarifverhandlungen war von zahlreichen Warnstreiks begleitet. Insgesamt legten am 15. und 16. Mai 1979 rund 25 000 Beschäftigte in insgesamt 110 Betrieben die Arbeit nieder. Die Warnstreiks dauerten in der Regel eine halbe bzw. eine Stunde. In mehreren Betrieben verließen die Beschäftigten die Fabrikräume und demonstrierten im Hof oder auf der Straße. In Hessen sperrte der Präsident des hessischen Verbandes der Bekleidungsindustrie, Robert Lösch, die Beschäftigten seines Unternehmens aus.

Ein offizieller Vorstoß der IG Metall Baden-Württembergs, der Nachschlagszahlungen auf dem Umweg über Jahressonderzahlungen anstrebt, traf jedoch nicht nur bei Unternehmern und Bundesregierung, sondern auch bei einigen Gewerkschaftsspitzen auf Widerstand. Inzwischen scheint es nach Meldungen der IG Metall in Baden-Württemberg auf Betriebsebene in einigen Fällen gelungen zu sein, Sonderzahlungen durchzusetzen.

Die Tarifauseinandersetzungen im **Einzelhandel** der Bundesrepublik waren in diesem Jahr durch eine neue Qualität geprägt. Die Kampfbereitschaft der Beschäftigten und der gewerkschaftliche Mobilisierungsgrad erreichten ein bisher im HBV-Bereich unbekanntes Ausmaß. Gleichzeitig reagierten die Unternehmer mit zahlreichen Einschüchterungsversuchen, blaue Briefe für Auszubildende u. a. Schon im April war es zu ausgedehnten Warnstreiks in Baden-Württemberg

Tarifabschlüsse

Monat	Bereich	Beschäftigte	Lohntarif	Manteltarif
Mai	Bekleidungsindustrie (GTB)	260 000	4 % Lohn 4,5 % Gehalt	bis 1982 6 Wochen Urlaub; Erholzeitzuschläge für Akkordarbeiter, Pausenregelung
Mai	Zuckerindustrie (NGG)	11 000	4,7 %	ab 1982 6 Wochen Urlaub für Arbeitnehmer ab 35 Jahren; besondere Freizeitregelung für 60jährige (18 freie Tage) und Wechselschichtler (bis 6 freie Tage); Kündigungs- und Abgruppierungsschutz für ältere Arbeitnehmer
Mai	Süßwarenindustrie (NGG)	60 000	–	Beschäftigte ab 60 Jahren 18 Tage zusätzliche Freizeit; Kündigungs- und Abgruppierungsschutz für ältere Arbeitnehmer
Mai	Einzelhandel Bayern (HBV)	220 000	5,3 %	Verhandlungen über Rationalisierungsschutz und Urlaub weiter
Mai	Einzelhandel Baden-Württemberg (HBV)	180 000	4,9 %	

gekommen. Protestaktionen gegen unzureichende Unternehmerangebote wurden im Westberliner Einzelhandel (90 000 Beschäftigte) bis in den Juni fortgesetzt. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen konzentrierte sich dann im Mai und Juni auf den Einzel- und Großhandel in Niedersachsen.

Im **Großhandel** in Niedersachsen waren sieben Prozent Gehaltserhöhung, mindestens aber 140 DM und ein zusätzlicher Urlaubstag gefordert worden. Am 14. und 30. Mai streikten die Beschäftigten der Pharmazie-Großhandlung Reichelt in Göttingen. Am 15. und 18. Mai kam es zu weiteren Warnstreiks in Empelde und Letter bei Hannover.

Im **Einzelhandel** in Niedersachsen (250 000 Beschäftigte) gab es in 28 Betrieben mit einer Beteiligung von nahezu 11 000 Beschäftigten Warnstreiks im Mai und Juni 1979. Einige Beispiele für die Aktionen: 21. Mai: 2000 Streikende in Kaufhäusern Hannovers.

22. Mai: Warnstreiks in coop-Filialen, im Kaufhof Hannover und bei Horten in Braunschweig bei einer Beteiligung von 90 Prozent.
23. Mai: Warnstreik bei Kaufhof und Quelle Hannover, 1000 Demonstranten.

25. Mai: Warnstreik bei Karstadt Hannover.

8. Juni: Warnstreiks in Hannover, Hildesheim, Göttingen. In Hannover demonstrierten 1500 Beschäftigte.

Im Juni wurden die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt, bei der die HBV eine Gehaltserhöhung zwischen 100 und 181 DM gefordert hatte.

Während der Fertigstellung dieses Berichts konzentriert sich die tarifpolitische Diskussion auf Forderungen, die eine nachträgliche Aufbesserung der Tarifabschlüsse vom Jahresanfang beinhalten. Damals war offiziell eine Preissteigerungsrate von drei Prozent angenommen worden, die allerdings schon damals als untertrieben gelten konnte. Inzwischen wird für das ganze Jahr 1979 mit einer durchschnittlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten um 4,5 Prozent gerechnet.

Ein offizieller Vorstoß der IG Metall Baden-Württembergs, der Nachschlagszahlungen auf dem Umweg über Jahressonderzahlungen anstrebt, traf jedoch nicht nur bei Unternehmern und Bundesregierung, sondern auch bei einigen Gewerkschaftsspitzen auf Widerstand. Inzwischen scheint es nach Meldungen der IG Metall in Baden-Württemberg auf Betriebsebene in einigen Fällen gelungen zu sein, Sonderzahlungen durchzusetzen.

Diese Angaben lösten bei den Spitzen der Unternehmerverbände große Unruhe aus. Der Vertreter von Gesamtmetall, Kirchner, versuchte, diese Meldungen zu dementieren und leugnete vor allem jeden Zusammenhang von erfolgten betrieblichen Sonderzahlungen mit der Nachschlagsdiskussion. Darüber hinaus warnte der Unternehmerverband die Mitgliedsfirmen ausdrücklich vor Sonderzahlungen, da offensichtlich eine Ausweitung der Diskussion befürchtet wird.

Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß die „Nachschlagsdiskussion“ damit vom Tisch ist. Denn die eigentlichen Auswirkungen der hochgetriebenen Preise, insbesondere für Heizöl, werden erst im Herbst voll

sichtbar werden. Dabei muß die von einigen bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstituten schon jetzt begonnene Einmischung in die Lohnpolitik eher als Provokation wirken. So erklärte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen Tarifabschlüsse von vier Prozent im Jahre 1980 als „beschäftigungsgerecht“.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Verbesserung der konjunkturellen Lage wirkt sich mit einer erheblichen Zeitverzögerung inzwischen auch auf die Beschäftigungssituation positiv aus. Vor allem die Zahl der abhängig Beschäftigten nimmt wieder zu, wobei diese Zunahme teilweise durch die rückläufige Zahl der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen kompensiert wird.

Abhängig Beschäftigte¹

	Insgesamt	Produzierendes Gewerbe ²
1973	22 564	8 662
1976	21 288	7 698
1977	21 347	7 636
1978	21 584	7 585
1979 ³	21 630	7 556 ⁴

¹ In 1000 Personen

² Ohne Bau und Energie

³ 1. Vierteljahr 1979

⁴ Mai 1979

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/79, S. 65*)

Im produzierenden Gewerbe kommt es erstmals zur Jahresmitte 1979 wieder zu einem leichten Beschäftigungsanstieg. Hier zeigt sich der Effekt der Rationalisierung besonders deutlich. Während die Produktion im ersten Halbjahr 1979 immerhin um gut zehn Prozent über dem Ergebnis von 1973 lag, war die Beschäftigung um etwa 1,1 Millionen Arbeiter und Angestellte oder um mehr als zwölf Prozent niedriger. Noch größer ist der Produktivitätsfortschritt, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten ebenfalls rückläufig war. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität illustriert diesen Prozeß der relativen Freisetzung von Arbeitskräften.

Arbeitsproduktivität¹

	1971	1972

sich schon 1978 die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 1,5 Prozent anstieg.

Ein anderer Faktor ist die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit. So gelang es den Gewerkschaften zwischen 1976 und 1978, die tariflichen Urlaubszeiten um durchschnittlich fast zwei Tage zu verlängern. Das konservative Ifo-Institut räumt daher ein: „Die Beschäftigtenentwicklung läßt bei dem gegebenen Produktivitätsfortschritt den Schluß zu, daß die Kürzung der effektiven Arbeitszeit zu zusätzlichem Kräftebedarf führte“ (Wirtschaftskonjunktur 6/79, S. T2). Dies sollte Ansporn sein, den Weg der Arbeitszeitverkürzung in Zukunft zu intensivieren.

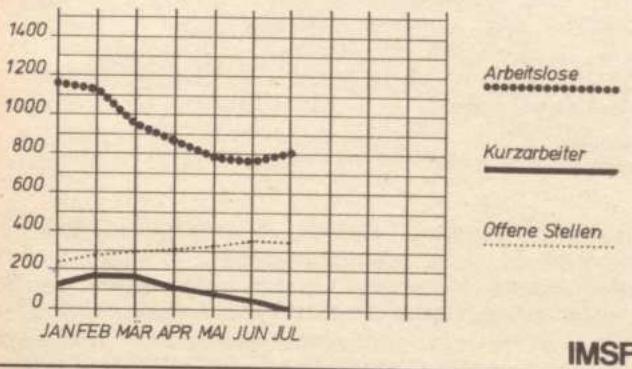
Die Zunahme der Beschäftigung wirkte sich auf dem Arbeitsmarkt jedoch nur wenig entspannend aus. Denn gleichzeitig stieg das Arbeitskräfteangebot um etwa 100 000 Personen. Die Arbeitslosigkeit ging also nur wenig zurück – bezieht man auch die nicht-registrierten Arbeitslosen ein. Der Rückgang bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen überzeichnet die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt 1979

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (1)	Offene Stellen (1)	
	(2)	(2)	(2)	
Januar	1171	— 42	135	— 116
Februar	1134	— 90	167	— 84
März	958	— 141	170	— 56
April	876	— 124	121	— 177
Mai	775	— 138	93	— 142
Juni	763	— 114	65	— 166
Juli	804	— 118	33	— 122
			346	+74

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitsmarkt 1979 (in Tausend)



Doch selbst wenn man von den offiziellen Ziffern ausgeht, überrascht es, wie stark sich die veröffentlichte Meinung an die Arbeitslosigkeit gewöhnt hat. Denn die Registrierung von 804 000 Arbeitslosen fällt in eine Periode der konjunkturellen Belebung – trotzdem ist auch die offizielle Arbeitslosigkeit nur um 230 000 Betroffene niedriger als im Juli

1975, im Tiefpunkt der schärfsten Krise der Bundesrepublik. Vier Jahre einer mehr oder weniger zögernden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung haben die offizielle Arbeitslosigkeit tatsächlich nur wenig verringern können.

Noch ungünstiger sieht das Bild aus, wenn man die „stille Reserve“ einbezieht, die zur Zeit schätzungsweise 650 000 Personen umfaßt. Außerdem waren 1978 etwa 100 000 Personen in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung untergebracht, 70 000 waren von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt. Im laufenden Jahr dürfte der Arbeitsmarkt dadurch sogar um 190 000 Erwerbstätige entlastet werden.

Schließlich ist auch noch bemerkenswert, daß die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen seit Mai unverändert bei 860 000 liegen und nicht weiter zurückgehen.

Für 1980 wird wieder mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen gerechnet – wobei die Möglichkeit einer neuen Krise dabei nicht mitberücksichtigt ist. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, das von einer Abschwächung des Wachstumstemplos im Jahre 1980 auf eine Rate von 2. bis 2,5 Prozent ausgeht, rechnet mit einer Zunahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen von schätzungsweise 880 000 im laufenden Jahr auf 950 000.

Entlastend für den Arbeitsmarkt wird sich dabei die im Juli in Kraft getretene Regelung für berufstätige Mütter auswirken, die bis zu einem halben Jahr aussetzen können. Belastend wirkt die weitere Zunahme des inländischen Arbeitsangebots, das schon aus rein demographischen Gründen 1979 um 130 000 Personen zunehmen wird.

Insgesamt bietet die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation keinerlei Anlaß für optimistische Aussagen. Schon eine leichte Verlangsamung des Wachstumstemplos, eine gewisse Abschwächung der Konjunktur wird zu einem erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen führen. Kommt es 1980 aber zu einer regelrechten Rezession – und diese Möglichkeit kann keineswegs ausgeschlossen werden – dann dürfte es zu einem einschneidenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen kommen. Der nur schwache Rückgang der Arbeitslosigkeit in einer Phase konjunktureller Belebung unterstreicht die Notwendigkeit rascher und wirksamer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Dies ist um so dringlicher, als Forderungen wie die nach Arbeitszeitverkürzung nur gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden können. Die aktuell relativ günstige wirtschaftliche Lage bietet dafür sicher einen größeren Spielraum als eine beginnende Rezession.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.1 wurde von Walter Michell verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 8. 1979. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheint vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.